

Offene Fragen der Geschichte Band 3

Chronik von 1800 bis 1899

Napoleons Gewaltherrschaft,
Wiener Kongreß,
Kapitalismus,
Kommunismus,
Darwinismus,
Nationalismus,
Preußisch-Österreichischer Krieg von 1866,
Deutsch-Französischer Krieg von 1870/71,
Gründung des Deutschen Reiches,
Imperialismus ...

Band 3/003

Chronik von 1807 bis 1809

1807

Preußen: Im Januar 1807 entläßt der unentschlossene preußische König Friedrich Wilhelm III. (1770-1840, seit 1797 König) seinen fähigsten Minister Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein (1757-1831, ein äußerst reformfreudiger Politiker und herausragender preußischer Staatsmann) wegen "Ungehorsam und Widerspenstigkeit" aus dem Staatsdienst.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Karl Freiherr vom und zum Stein (x815/260-261): >>Stein, Heinrich Friedrich Karl, Freiherr vom und zum, berühmter deutscher Staatsmann, geboren am 26. Oktober 1757 zu Nassau an der Lahn aus einem alten reichsfreiherrlichen Geschlecht, Sohn des kurmainzischen Geheimrates Philipp von Stein, widmete sich von 1773 bis 1777 in Göttingen dem Studium der Rechte und der Staatswirtschaft, arbeitete ein Jahr beim Reichskammergericht in Wetzlar, unternahm eine Reise durch einen Teil von Europa, trat dann, entgegen den Traditionen seines Hauses, in den preußischen Staatsdienst und erhielt 1780 eine Anstellung als Bergrat zu Wetter in der Grafschaft Mark. Schon 1782 wurde er zum Oberbergrat befördert, und im Februar 1784 erhielt er die Oberleitung der westfälischen Bergämter. 1793 erfolgte seine Ernennung zum Kammerdirektor in Hamm, 1795 zum Präsidenten der märkischen Kriegs- und Domänenkammer und 1796 zum Oberpräsidenten aller westfälischen Kammern, in welcher Stellung er sich die größten Verdienste namentlich um den Chausseebau und die Forsten sowie um Hebung der Gewerbetätigkeit und Belebung des Handels erwarb.

Im Oktober 1804 als Minister ... nach Berlin in das Generaldirektorium berufen, bewirkte er die Aufhebung sämtlicher binnenländischer Zölle im Inneren von Preußen, errichtete das Statistische Büro und schuf als Erleichterungsmittel für den Handel und Verkehr Papiergeld.

Vergeblich waren freilich seine Anstrengungen, den König zu einer kräftigen, würdigen Politik zu bewegen. Als er im Januar 1807 seinen Eintritt in das neue Ministerium von der Umgestaltung der obersten Verwaltungsstellen und insbesondere von der Beseitigung der Kabinettsregierung abhängig machte, erhielt er vom König in ungnädigster Weise den Abschied.

Nach dem Tilsiter Frieden (Juli 1807) berief ihn derselbe jedoch wieder zu sich, um ihm als erstem Minister das große Werk der Neugestaltung des Staates zu übertragen. Steins Plan war: das Volk wieder für die Teilnahme am Staat und seinen Zwecken zu beleben und an der Lei-

tung desselben zu beteiligen, die bisher unterdrückten Stände von den aus dem Mittelalter überkommenen Lasten und Fesseln zu befreien und ein allgemeines freies Staatsbürgertum zu gründen. Die Weise, wie er diese Reform anstrebte, zeugt ebenso von seinem echt deutschen Geist wie von tiefer staatsmännischer Einsicht.

Im September 1807 übernahm er sein neues Amt, und am 9. Oktober erschien bereits das Edikt, den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigentums sowie die persönlichen Verhältnisse des Grundeigentümers betreffend. Ein anderes Gesetz überließ den Domänialbauern ihr Land zu unumschränktem Grundeigentum. Seine Städteordnung vom 19. November 1808 bildet noch jetzt die Grundlage der Rechtsverhältnisse der preußischen Städte.

Damit das so in seinen Verhältnissen und Rechten sittlich und geistig gehobene Volk auch das Bewußtsein seiner Kraft und Mut zur Abwerfung des Fremdenjochs gewinne, unternahm Stein darauf mit Scharnhorst die Herstellung einer volkstümlichen Wehrverfassung.

Aber kaum ein Jahr hatte Stein als Minister gewaltet, als er durch einen Machtbefehl Napoleons I., dem ein abgefangener Brief Steins an den Fürsten von Wittgenstein seine Hoffnung, bald das französische Joch abzuschütteln, verraten hatte, am 24. November 1808 seinen Abschied zu nehmen und am 16. Dezember förmlich geächtet aus Preußen zu fliehen gezwungen wurde. Ehe er sein Vaterland verließ, legte er die Grundsätze seiner Staatsverwaltung in einem Sendschreiben an die oberste Verwaltungsbehörde nieder, welches unter der Bezeichnung "Steins politisches Testament" weltgeschichtliche Bedeutung gewonnen hat.

Von der westfälischen Regierung gerichtlich verfolgt und seiner Güter beraubt, begab er sich nach Österreich, wo er abwechselnd in Brünn, Troppau und zuletzt dauernd in Prag lebte. Als zu befürchten stand, daß seine Auslieferung gefordert werden möchte, folgte er im Mai 1812 der Einladung des Kaisers Alexander I. nach Petersburg. Auch von dort aus aber wußte er durch seinen Einfluß auf den Kaiser sowie durch seine ausgedehnten Korrespondenzen und die Bildung einer russisch-deutschen Legion die spätere nationale Erhebung gegen Napoleon I. vorzubereiten.

Nach der Katastrophe von 1812 kehrte er mit dem Kaiser nach Deutschland zurück und wurde zum Vorsitzenden eines russisch-preußischen Verwaltungsrates für die deutschen Angelegenheiten ernannt, doch sah er sich in seiner Tätigkeit in dieser Stellung vielfach beengt.

Als nach dem Sieg bei Leipzig am 21. Oktober 1813 eine Zentralkommission für die Verwaltung aller durch die Truppen der Verbündeten besetzten Länder angeordnet worden war, übernahm Stein den Vorsitz ... und erwarb sich trotz der ihm von den einzelnen Regierungen in den Weg gelegten Hindernisse durch tüchtige Verwaltung im Inneren und Aufstellung zahlreicher Heerhaufen gegen den äußeren Feind hohe Verdienste um das Gesamt Vaterland.

Die Zentralverwaltung folgte dem Heer der Verbündeten bis nach Paris. Von dort kehrte Stein im Juni 1814 nach Berlin zurück und begab sich im September zum Kongreß nach Wien. Hier nahm er besonders an den Verhandlungen über die deutsche Frage teil.

Dann zog er sich ins Privatleben zurück. Den Sommer brachte er meist auf seinen Gütern in Nassau, den Winter in Frankfurt am Main zu, wo sich im Januar 1819 unter seinem Vorsitz die Gesellschaft für Deutschlands ältere Geschichte konstituierte. Ihr Werk ist die Herausgabe der "Monumenta Germaniae historica", für welche Stein selbst viel sammelte.

Mit der nassauischen Regierung in mancherlei Mißhelligkeiten geraten, siedelte er später auf sein Gut Kappenberg in Westfalen über. Nach der Einführung der Provinzialstände in Preußen 1823 wurde er für den westfälischen Landtag zum Deputierten erwählt und vom König zum Landtagsmarschall ernannt. Auch die Verhandlungen der evangelischen Provinzialsynode Westfalens leitete er. 1827 ernannte ihn der König zum Mitglied des Staatsrates.

Stein starb am 29. Juni 1831 in Kappenberg als der letzte seines Geschlechtes, da ihn von den Kindern, die ihm seine Gemahlin, Gräfin Wilhelmine von Wallmoden-Gimborn, geboren, nur

drei Töchter überlebten. 1872 wurde ihm auf der Burg Nassau, 1874 in Berlin ein Standbild errichtet. ...<<

Am 7./8. Februar 1807 endet die große Feldschlacht bei Preußisch-Eylau (ca. 48.000 Tote und Verwundete) zwar unentschieden, aber in der Schlacht bei Friedland werden die preußischen Truppen am 14. Juni 1807 schließlich entscheidend besiegt (x215/133).

Beim Frieden von Tilsit, der am 9. Juli 1807 zwischen Frankreich, Rußland und Preußen geschlossen wird, läßt sich Napoleon auf keine Verhandlungen mit den preußischen Abgesandten ein, denn in erster Linie will er die europäische Großmacht Preußen ausschalten. Der preußische Staat muß sämtliche Gebiete westlich der Elbe abtreten. Rußland schließt ein Bündnis mit Frankreich gegen England und erhält dafür alle preußischen Gebiete aus den bisherigen "Polnischen Teilungen" (außer Westpreußen).

Preußen verliert insgesamt rd. 50 % seines Staatsgebietes. Der preußische Reststaat wird nur durch das entschlossene Eingreifen des russischen Zaren gerettet, der naturgemäß bestrebt ist, Napoleons Macht zu beschränken. Preußen und Österreich müssen außerdem die französische Oberherrschaft anerkennen.

Während der französischen Besatzungsherrschaft bemüht man sich seit Mitte 1807 in Preußen vor allem um die Wiederbelebung des Verantwortungsgefühles und der Selbstachtung der "gehorsamen preußischen Untertanen", denn das Volk wird für den bevorstehenden Freiheitskampf gegen die französische Besatzungsmacht unbedingt benötigt.

Die preußischen "Staatsbürger" sollen zukünftig nicht nur als "freie Bürger" aktiv am politischen Leben des Staates teilnehmen, sondern ihr Vaterland gleichzeitig angemessen achten und mit patriotischer Hingabe verteidigen. Um diese Ziele zu erreichen, müssen den preußischen Staatsangehörigen zwangsläufig größere Freiheiten und Rechte gewährt werden.

August Neithardt von Gneisenau (1760-1831, preußischer Offizier, verteidigt 1807 die Festung Kolberg gegen französische Truppen, seit 1813 Generalstabschef Blüchers) schreibt im Juli 1807 in einer Denkschrift (x239/52): >>... Ein Grund hat Frankreich besonders auf diese Stufe von Größe gehoben: Die Revolution hat alle Kräfte geweckt und jeder Kraft einen ihr angemessenen Wirkungskreis gegeben. Dadurch kamen an die Spitze der Armee Helden, an die ersten Stellen Staatsmänner und endlich an die Spitze eines großen Volkes der größte Mensch aus seiner Mitte. ...

Warum griffen die Höfe nicht zu einem einfachen und sicheren Mittel, dem Genie, wo es sich auch immer findet, eine Laufbahn zu eröffnen, die Talente und Tugenden aufzumuntern, von welchem Stande und Range sie auch sein mögen? ...

Die neue Zeit braucht mehr als alte Namen, Titel, Pergamente, sie braucht frische Tat und Kraft. ...

Die Revolution hat ... die ehemaligen Verhältnisse der Staaten zueinander und das darauf beruhenden Gleichgewicht aufgehoben. Wollten die übrigen Staaten dieses Gleichgewicht wiederherstellen, dann mußten sie sich dieselben Hilfsquellen öffnen und sie benutzen. Sie machten sich die Errungenschaften der Revolution so zu eigen und gewannen so den doppelten Vorteil, daß sie ihre ganze Nationalkraft einer fremden entgegengesetzten und doch den Gefahren einer Revolution entgingen. ...<<

Ein hoher preußischer Beamter fordert im Jahre 1807 in einer Denkschrift für Außenminister Hardenberg die Abschaffung der Leibeigenschaft (x237/94): >>Diese persönliche Sklaverei (die Leibeigenschaft) welche den Menschen zur Sache macht, der erschwerte Besitz von Grundeigentum und die Hindernisse, in einen anderen Stand überzugehen, haben dem Staate unendlichen Schaden zugefügt und die Ausbildung der Nation verhindert. ...

Der Sklave hat kein Interesse am Staat. Die Vernichtung seiner Herrn ist das Beste, was ihm widerfahren kann.<<

Karl August Fürst von Hardenberg (1750-1822, 1804-06 preußischer Außenminister, von

1810-1822 Staatskanzler) schreibt 12. September 1807 (x261/46-47): >>Die Begebenheiten; welche seit mehreren Jahren unser Staunen erregen und unserem kurzsichtigen Auge als fürchterliche Übel erscheinen, hängen mit dem großen Weltplan einer weisen Vorsehung zusammen. ...

Der Staat, dem es glückt, ... sich in jenen Weltplan durch die Weisheit seiner Regierung ruhig hineinzuarbeiten, ohne daß es gewaltsamer Zuckungen bedürfe, hat ... große Vorzüge. ...

Die Französische Revolution, wovon die gegenwärtigen Kriege die Fortsetzung sind, gab den Franzosen unter Blutvergießen und Stürmen einen ganz neuen Schwung. Alle schlafenden Kräfte wurden geweckt, das Elende und Schwache ... – freilich zugleich mit manchem Guten – zerstört.

Der Wahn, daß man Revolutionen ... durch Festhalten am Alten entgegenstreben könne, hat besonders dazu beigetragen, die Revolution zu befördern. ...

Also eine Revolution im guten Sinn, ... durch Weisheit der Regierung und nicht durch gewaltsame Impulsion (Anstoß, Antrieb) von innen oder außen - das ist unser Ziel. ... Demokratische Grundsätze in einer monarchischen Regierung; dieses scheint mir die angemessene Form für den gegenwärtigen Zeitgeist. ...

Ohne Macht ist keine Selbständigkeit, ... also muß Preußen streben, diese wieder zu erlangen. ... Ohne ein recht kräftig organisiertes, stets schlagfertiges Militär kann der preußische Staat nicht wieder emporkommen. ...

Der zahlreichste und wichtigste, bisher allerdings am ... (meisten) vernachlässigte und gedrückte Stand im Staat, der Bauernstand, muß ein vorzüglicher Gegenstand (der) Sorgfalt werden. Die Aufhebung der Erbuntertänigkeit müßte durch ein Gesetz sogleich verfügt werden.<<

Im Oktober 1807 wird der leidenschaftliche und kompromißlose Reformpolitiker Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein auf Empfehlung Hardenbergs und Napoleon I. zum Leitenden Minister des preußischen Staates ernannt. Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein leitet nach dem Zusammenbruch des preußischen Staates umgehend entscheidende Staatsreformen in Preußen ein.

Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein leitet per Gesetz vom 9. Oktober 1807 die von Hardenberg vorbereitete "Bauernbefreiung" in Preußen ein (x147/105, x056/182): >>... Es ist alles zu entfernen, was den einzelnen bisher hinderte, den Wohlstand zu erlangen, den er nach dem Maß seiner Kräfte zu erlangen fähig war.

Jeder Edelmann ist ohne allen Nachteil seines Standes befugt, bürgerliche Gewerbe zu treiben, und jeder Bürger oder Bauer ist berechtigt, aus dem Bauern- in den Bürgerstand oder aus dem Bürger- in den Bauernstand zu treten. ...<<

>>... § 1 Freiheit des Güterverkehrs ...

§ 2 Freie Wahl des Gewerbes ...

§ 4 Teilung der Grundstücke ...

§ 5 Erbverpachtung der Privatgüter ...

§ 6 Einziehung und Zusammenlegung der Bauerngüter ...

§ 10 Auflösung der Gutsuntertänigkeit. ...

§ 12 Mit dem Martinitag (1810) hört alle Gutsuntertänigkeit ... auf. Nach dem Martinitag 1810 gibt es nur freie Leute, ... bei denen aber ... alle Verbindlichkeiten, die ihnen als freien Leuten vermöge eines Grundstücks oder ... eines besonderen Vertrages obliegen, in Kraft bleiben.<<

Die große Mehrheit der preußischen Grundherren und Gutsbesitzer lehnen die "Bauernbefreiung" damals entschieden ab (x176/158-159): >>Da diese Klasse der Menschen (die Leibeigenen) dem Gutsherrn eigentümlich gehörte, erfordere schon das Interesse ihrer Herren, sie menschlich zu behandeln und alle mögliche Sorgfalt für ihre Gesundheit ... aufzuwenden;

folglich würden die Bauern ... in gesunden und kranken Tagen viel besser unterhalten (als wenn sie selber für sich sorgen müßten. ...

Auch würden in den Ländern, in denen die Leibeigenschaft aufgehoben sei, mehr Verbrechen geschehen), denn Menschen, die nichts weiteres hätten als ihre Freiheit, wären Armut halber oft gezwungen, die abscheulichsten Bosheiten zu begehen. ...

Wenn der Bauer Eigentümer wird, wo soll der Gutsherr die Arbeiter hernehmen? ... Unsere Güter werden für uns eine Hölle werden, wenn unabhängige bäuerliche Eigentümer unsere Nachbarn sind.<<

Der deutsche Nationalökonom Georg Friedrich Knapp (1842-1926) schreibt später über ein ostdeutsches Rittergut am Anfang des 19. Jahrhunderts (x056/181): >>... Der herrschaftlich Hof ist der Mittelpunkt eines großen landwirtschaftlichen Betriebes; neben dem Haus oder Schloß, in welchem der Gutsherr ... wohnt, befinden sich ... Scheunen und Speicher, Stallungen für das Nutzvieh; ... was aber ... fehlt, das sind die Ställe für das Zugvieh; höchstens findet man einige Pferde für den herrschaftlichen Wagen. ...

Der dazugehörige Ackerbesitz ist groß, aber er bildet keine zusammenhängende Fläche; ... herrschaftliche Äcker und Bauernäcker liegen im Gemenge; sie werden nach ... der Dreifelderwirtschaft bestellt. ...

Jeder Bauer, wie auch der Gutsherr, hat Äcker in jedem der drei Felder liegen. Der Wald gehört dem Gutsherrn, der Bauer hat aber gewisse Berechtigungen zum Bezug von Bauholz und Brennholz. ... Der Gutsherr (läßt) auf dem Brachfelde im Frühjahr und auf den Stoppelfeldern im Herbst seine Schafherde weiden ... auch auf denen der Bauern.

Wie werden nun die gutsherrlichen Äcker bestellt? ... Das geschieht durch die Frondienste der Bauern. Der Inspektor ... sagt den Bauern am Abend vorher an, wo sie sich mit dem bespannten Pflug ... oder Egge Morgen früh einzufinden haben. ... Kommt die Zeit der Ernte heran, so werden neben den Spanndiensten, die Handdienste der kleinen Leute wichtig; ... der Herrendienst (geht) allem anderen vor. ... Im Winter müssen die kleinen Leute das Getreide ausdreschen und der Bauer muß das Getreide auf den nächsten Marktplatz fahren, wieder mit seinem Gespann, viele Meilen weit.

So ist alles, was an Arbeit für den Gutsherrn nötig ist, auf die Bauern verteilt, ... auf die Einwohner, mögen sie einen Bauernhof bewirtschaften oder nicht. ... (Deshalb braucht) der Gutsherr auch keine Arbeiterwohnungen in der Nähe seines Hofes, ... denn er hat keine besonderen Landarbeiter; die Arbeit wird ja von den Einwohnern des Dorfes verrichtet. ...<<

Die sogenannte Bauernbefreiung, Aufhebung der bäuerlichen Leibeigenschaft und Ablösung der bäuerlichen Frondienste und Lasten, wurde in Preußen von Stein (1807) und Hardenberg (1811) begonnen, aber hier und in den anderen deutschen Ländern erst durch die Revolution von 1848/49 vollendet.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte des preußischen Staates von 1807-1812 (x813/369-370): >>(Preußen) ... Die Wiederherstellung des Staates durch die Stein-Hardenbergschen Reformen.

Der Sturz der Monarchie Friedrichs des Großen war ein so jäher und gewaltiger, daß auch die Regierenden zu der Erkenntnis gelangten, daß sie auf den alten Grundlagen nicht wieder aufgerichtet werden konnte, und die Leiden und die Schmach, welche der rohe Übermut des Siegers auf Preußen häufte, waren so übermäßig, daß nicht bloß die preußischen Patrioten, sondern auch die bisher gleichgültigsten Einwohner sich in die neue Lage nicht zu schicken vermochten, vielmehr jeder, Bauer, Handwerker und Gewerbetreibende, die gebildeten Stände und der Adel, in der Befreiung des nun erst geschätzten Vaterlandes vom fremden Joch und in der Wiederherstellung eines unabhängigen preußischen Staates die einzige Rettung erblickten. Das Heilmittel war furchtbar, um so gründlicher aber die Heilung.

Der König, welcher früher alle Warnungen einsichtsvoller Patrioten, besonders die Forderung

der Beseitigung der Kabinettsregierung, ärgerlich zurückgewiesen hatte, zeigte sich jetzt unter dem Einfluß seiner edlen Gemahlin, der Königin Luise, bereit, das Staatswesen durch freisinnige Reformen von Grund auf umzugestalten, aus einem absolutistisch-feudalen Militärstaat ein freisinniges Gemeinwesen, eine durch die Selbstregierung der Gemeinden und Provinzen getragene, auf der freiwilligen Befolgung der Gesetze beruhende Monarchie zu machen.

Das zu verwirklichen, wurde der Minister (vom und zum) Stein am 4. Oktober 1807 an die Spitze der ganzen Zivilverwaltung gestellt. Die Kabinettsregierung wurde abgeschafft ... Bereits am 9. Oktober erschien das "Edikt über den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigentums", welches die freie Bewegung des Grundbesitzes gestattete und die Erbuntertänigkeit des Bauernstandes aufhob. Diesem Edikt folgte ein Erlaß des Königs vom 27. Juli 1808, welcher allen Insassen auf den Domänen in der Provinz Preußen ihre Grundstücke als volles freies Erbeigentum verlieh.

Viele Domänen wurden verkauft, um die Finanzen des Staates, der dem Bankrott nahe war, zu bessern, wodurch ebenfalls eine größere Zahl kleiner Hofbesitzer geschaffen wurde. Wenigstens den Städten wurde durch die Städteordnung vom 19. November 1808 Selbstverwaltung gewährt, eine Gemeindeordnung in Aussicht gestellt, mancher Zunftzwang beseitigt, eine neue Verwaltungsorganisation am 21. November 1808 eingeführt. Die Krönung des Gebäudes sollte eine Volksvertretung bilden.

Eine am 25. Juli 1807 eingesetzte Militärorganisationskommission, aus Scharnhorst, Gneisenau, Grolman und Boyen bestehend, reinigte den Offizierstand von allen unwürdigen Elementen, erließ neue Kriegsartikel sowie ein neues Reglement über die Ergänzung des Offizierstandes und organisierte die Ausrüstung, das Exerzitiuum (Übung) und die Rekrutierung des Heeres, das fortan nur aus Landeskindern bestehen sollte.

Zugleich trat in den gebildeten Kreisen ein wichtiger Umschwung der Meinungen ein. Deutscher und preußischer Patriotismus wurden nicht mehr als engherzige, beschränkte Ansichten verlacht, die edelsten Geister, wie Fichte und Schleiermacher, suchten die Liebe zum Vaterland zu erwecken; das nationale Pathos der Schillerschen Dichtungen teilte sich immer weiteren Kreisen des Volkes mit, die Stiftung der Berliner Universität sollte einen Mittelpunkt der nationalen geistigen Bestrebungen schaffen.

Ein sittlich-wissenschaftlicher Verein, der "Tugendbund", vereinigte in Königsberg die bedeutendsten Männer zu einem gemeinschaftlichen patriotischen Streben. Die Führer der preußischen Reformpartei bereiteten alles auf eine baldige Erhebung vor, die Ereignisse in Spanien und die Rüstungen Österreichs ermutigten zu dem entscheidenden Schritt; nur der König zauderte.

Da gab der Verrat des Steinschen Briefes an Wittgenstein Napoleon (den) erwünschten Anlaß, den König vollends einzuschüchtern, Steins Entlassung zu fordern und Preußen den demütigenden Vertrag vom 8. September 1808 aufzuzwingen, der es mit einer neuen Kontribution von 140 Millionen Franc belastete und ihm verbot, mehr als 42.000 Mann Soldaten zu halten. Nach Steins Entlassung (24. November) bekamen die reaktionäre Junkerpartei und die französisch gesinnten Friedensfreunde ... die Oberhand am Hof; Preußen nahm aus Rücksicht auf Rußland an der glorreichen Erhebung Österreichs 1809 keinen Anteil, das Ministerium Altenstein führte die Verwaltung ohne Plan und Ziel, der Tugendbund wurde aufgelöst, und mit der Rückkehr des Königs nach Berlin inmitten französischer Besatzungen schien die geduldige Unterwerfung unter das verhängte Schicksal ausgesprochen zu sein.

Erst als Altenstein mit den Finanzen nicht fertig werden konnte und sogar den Verkauf eines Teiles von Schlesien empfahl, wurde er entlassen (6. Juni 1810) und Hardenberg mit dem Titel eines Staatskanzlers mit der obersten Leitung sämtlicher Staatsangelegenheiten betraut, welche er im Geiste Steins fortführte.

Die Aufhebung aller Steuerbefreiungen (27. Oktober 1810), die Einführung der Gewerbefrei-

heit, die Einziehung aller Klöster und geistlichen Stifte folgten rasch aufeinander; am 14. September 1811 wurde das Edikt über die Regelung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse erlassen, durch das die Bauern, welche nun Fron- und Handdienste ablösen konnten, freie Verfügung über ihr Grundeigentum erhielten, am 11. März 1812 die Juden in staatlichen Rechten und Pflichten den Christen fast gleichgestellt.

Eine konstitutionelle Verfassung indes konnte Hardenberg dem heftigen Widerstand der Reaktionäre gegenüber nicht durchsetzen. Selbst bei den Notabeln (Männer von Amt, Vermögen und Bildung), welche er 1811 mehrere Male versammelte, um sie über die Reformen aufzuklären, begegnete er verstocktem Widerwillen. Die Handelssperre, die ungeheuren Kriegslasten, die Finanznot des Staates lähmten allerdings vielfach die wohltätigen Wirkungen der Stein-Hardenbergschen Reformen.

Um so mehr wuchs der Haß gegen die Fremdherrschaft, die Sehnsucht nach Befreiung. Aus dieser Stimmung gingen die außerordentlichen, bewunderungswürdigen Leistungen aller Schichten des preußischen Volkes im deutschen Befreiungskrieg hervor, der die Schmach von 1806 glänzend tilgte und den Ruhm des Friderizianischen Preußen wiederherstellte. ...<<

Norwegen: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Norwegens von 1807-1866 (x812/254-254): >>(Norwegen) ... In der Zeit der Revolutionskriege erwachte der nationale Geist wieder in Norwegen, welches in den verhängnisvollen Krieg Dänemarks mit England (1807) hineingerissen wurde; der norwegische Handel und die Schifffahrt wurden von den englischen Kreuzern fast vernichtet, zugleich aber die Verbindung mit Dänemark unterbrochen ...

Der unglückliche Ausgang des Krieges von 1813 für Frankreich, dem sich Dänemark wiederum angeschlossen hatte, nötigte es im Kieler Frieden am 14. Januar 1814, Norwegen an Schweden abzutreten. Die Kunde hiervon rief in Norwegen allgemeine Entrüstung und Erbitterung hervor und den Entschluß, diesmal die nationale Selbständigkeit zu erringen.

Der dänische Statthalter Prinz Christian, Vetter und mutmaßlicher Nachfolger des Königs Friedrich VI., stellte sich an die Spitze der Bewegung, berief am 15. Februar eine Nationalversammlung nach Eidsvold, welche am 17. Mai eine freisinnige Verfassung beschloß, beschwor diese Konstitution von Eidsvold am 19. Mai, indem er den Titel eines Königs von Norwegen annahm, und hielt am 22. Mai unter dem Jubel des Volkes seinen Einzug in Christiania.

Aber die Mächte erklärten sich gegen Norwegens Wünsche, auch England, und als Christian sich weigerte, abzudanken, rückte der schwedische Kronprinz Bernadotte mit Truppen in Norwegen ein, erklärte aber gleichzeitig, die Verfassung von Eidsvold anerkennen zu wollen. Da bei dem gänzlichen Mangel an Streitkräften ein Widerstand gegen die schwedische Übermacht aussichtslos war, schloß Prinz Christian am 14. August ... mit den Schweden einen Waffenstillstand, legte in einer Proklamation vom 16. August die Gründe seines Handelns dar und übertrug am 19. August die ausübende Gewalt dem Staatsrat; man pflegt ihn daher den Dreimonatskönig zu nennen.

Nachdem Karl XIII. von Schweden am 30. August ... die Versicherung gab, daß Norwegen zwar mit Schweden vereinigt, aber keineswegs als erobertes Land angesehen werde, ... wählte das außerordentliche Storting (Parlament) am 4. November einstimmig Karl XIII. von Schweden zum ... König von Norwegen. ...

So waren denn die beiden skandinavischen Reiche, wenn auch durch ein lockeres Band, vereinigt. Während man in Schweden von der Zeit eine innigere Verschmelzung erhoffte, waren die norwegischen Patrioten von Anfang an bestrebt, dem vorzubeugen. Hierzu bot die Verschiedenheit der Verfassungen beider Reiche eine Handhabe.

Die schwedische Verfassung hatte ein aristokratisch-ständisches, die norwegische ein entschieden demokratisches Gepräge, und um dieses zu verstärken, beschloß das Storting schon 1815 die Abschaffung des Adels. ...

Seit der Belebung der politischen Bewegung durch die Julirevolution (1830) machte sich im Storting ein noch entschiedeneres Streben nach nationaler Unabhängigkeit bemerkbar. ... 1838 wurde den Handelsschiffen die Führung der norwegischen Nationalflagge gestattet und die Landgemeinden von der Vormundschaft der Altmänner befreit. ...

Unter Oskar I. (1844-59) genoß Norwegen eine ruhige, segensreiche Zeit. Dennoch lehnte das Storting 1857 alle Vorschläge des Königs zu einer engeren Verbindung mit Schweden ab, und das erste Storting unter Karl XV. (1859-72) hob gegen zwei Stimmen das Recht des Königs, zur Statthalterwürde in Norwegen auch einen Schweden zu ernennen, auf, welchem Beschluß der König die Sanktion verweigerte. ...

Nur 1864, als Dänemark von den beiden deutschen Großmächten bekriegt wurde, bewirkte das Gefühl der Zusammengehörigkeit Skandinaviens, daß der Regierung 500.000 Taler zur Landesverteidigung bewilligt und die norwegische Kriegsmacht zur Verfügung gestellt sowie am 4. November 1864 das 50jährige Jubiläum der Union mit einer gewissen Herzlichkeit gefeiert wurde.

Auch wurden 1866 Gewerbefreiheit und Freizügigkeit zwischen beiden Ländern eingeführt, die von der Regierung vorgelegte neue Unionsakte aber nicht angenommen. ...<<

Spanien: Die französisch-spanische Übereinkunft vom 27. Oktober 1807 in Fontainebleau bereitet den Einmarsch der französischen Truppen in Portugal vor. In dem Geheimabkommen gestattet Karl IV. (1748–1819, König von 1788-1808) dem französischen Kaiser Napoleon Bonaparte, seine Truppen durch Spanien in das feindliche Portugal zu führen. Napoleon nutzt diese Situation sofort aus, um auch die Besetzung Spaniens vorzubereiten.

Portugal: Französische Truppen besetzen im Jahre 1807 Portugal.

Großbritannien: Das englische Parlament verbietet nach heftiger öffentlicher Kritik im Jahre 1807 zwar offiziell den Sklavenhandel, aber der Sklavenschmuggel geht trotzdem bis in die 1860er Jahre weiter.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte des Sklavenhandels und der Sklaverei von 1807-1880 (x814/1.018-1.019): >>(Sklavenstaaten) ... Die Abschaffung ... (des) Negerhandels wurde zuerst durch die Quäker angeregt, und seit 1788 wirkte besonders William Wilberforce, von Pitt und anderen Staatsmännern unterstützt, im englischen Parlament dafür, bis dann 1807 der "Abolition-act of slavery" durchgebracht wurde, wonach der englische Negerhandel mit dem 1. Januar 1808 aufhörte.

Für Dänemark und Norwegen war übrigens schon 1792 und für die Vereinigten Staaten von Nordamerika am 3. März 1807 der Negerhandel zur See verboten worden, insofern es sich um Angehörige dieser Staaten handelte.

Verhandlungen der Großmächte zu London führten sodann 1816 zur Aufhebung des französischen Sklavenhandels, nachdem bereits zuvor 1814 im Frieden von Wien Spanien und Portugal auf den Sklavenhandel nördlich vom Äquator verzichtet hatten. Spanien gab ihn dann 1817 gegen eine Entschädigung von 400.000 Pfd. Sterling und Portugal 1823 gegen ... 300.000 Pfd. Sterling gänzlich auf. Ebenso untersagte Brasilien denselben auf Grund von Verträgen mit England von 1826 und 1830.

Insgeheim freilich wurde der Negerhandel immer noch fortbetrieben, und die Freigabe der vorhandenen farbigen Sklaven erfolgte in den amerikanischen Staaten und Kolonien nur zögernd und teilweise unter den größten Schwierigkeiten. Nachdem nämlich zunächst die britische Regierung 1830 sämtliche Kronsklaven freigegeben hatte, erfolgte am 28. August 1833 die völlige Emanzipation der Sklaven in den englischen Kolonien gegen Entschädigung der Pflanzler mit 20 Millionen Pfd. Sterling, so daß hier ... nahezu 639.000 Sklaven, auf Jamaika allein 322.000, frei wurden.

Ebenso wurde 1848 in den französischen Kolonien infolge der Revolution die Sklaverei abgeschafft, und ... dasselbe geschah nach und nach in den nördlichen Staaten der nordamerikani-

schen Union.

In den Südstaaten dagegen nahm dieselbe mehr und mehr überhand, so daß man 1860 hier nicht weniger als 3.949.557 farbige Sklaven zählte. Vielfache Anläufe zur Beseitigung der Sklaverei waren erfolglos. Man blieb dabei stehen, daß ihre Beibehaltung für die Südstaaten eine Lebensfrage, daß die dortige Baumwollkultur ebenso wie der Tabak- und Zuckerbau nur mit der Sklavenarbeit erfolgreich zu betreiben seien.

So wurde denn der sogenannte MissouriKompromiß von 1820, wonach in den Gebieten nördlich vom 36.° die Sklaverei für immer aufgehoben sein sollte, 1854 durch die Kansas-Nebraska-Akte wieder aufgehoben, in welcher Einführung, Beibehaltung oder Abschaffung der Sklaverei lediglich für eine partikuläre Angelegenheit jedes einzelnen der unierten Staaten erklärt wurde. Dieser der Sklaverei günstigen Strömung arbeitete aber nunmehr die republikanische oder Freibodenpartei entgegen, und die Wahl Lincolns zum Präsidenten 1860 bedeutete den Sieg dieser Partei, aber auch zugleich die Losung zum Bürgerkrieg und zum offenen Aufstand der elf südlichen Sklavenstaaten.

Die am 1. Januar 1863 erfolgte Emanzipationsproklamation für alle Sklaven und ihre Nachkommenschaft war zunächst nur eine Kriegsmaßregel, wurde aber durch Kongreßbeschuß vom 31. Januar 1864 zum Gesetz erhoben und der nordamerikanischen Verfassung einverleibt. Die 1865 erfolgte Niederwerfung der Südstaaten verschaffte diesem Gesetz die tatsächliche Anerkennung, und wirksame Gesetze, welche zur Ausführung des ersteren erlassen wurden, sorgten für die praktische Verwirklichung desselben. Namentlich sind durch die sog. Rekonstruktionsbill allen Farbigen die politischen Rechte (aktive und passive Wahlrechte) eingeräumt worden.

Hieran schloß sich dann 1871 das Sklavenemanzipationsgesetz in Brasilien, und ebenso wurde auf Kuba die Befreiung der Sklaven unter harten Kämpfen durchgeführt. Ein Gesetz vom 8. Mai 1880 beseitigte die Sklaverei auf dieser Insel gänzlich. In den westindischen Kolonien Dänemarks, Hollands und Schwedens war die Sklaverei schon zuvor aufgehoben worden.

Ist sonach in Amerika die Sklaverei als abgeschafft anzusehen, so ist dies in Asien und namentlich in Afrika keineswegs der Fall. Allerdings hat die türkische Verfassung vom 23. Dezember 1876 die Sklaverei für das ganze osmanische Reich rechtlich beseitigt; aber tatsächlich besteht sie in den türkischen Gebieten immer noch, wenn auch in beschränkterem Umfang als früher. Islam und Vielweiberei sind eben der Sklaverei besonders günstig.

Ebenso hat sich Ägypten Großbritannien gegenüber zwar am 4. August 1877 zur Unterdrückung des Sklavenhandels verpflichtet, ohne jedoch die Beseitigung desselben innerhalb der Grenzen der ägyptischen Herrschaft durchführen zu können. Allerdings sollte das Verbot des Sklavenhandels teilweise erst in sieben, teilweise sogar erst in zwölf Jahren, vom 1. August 1877 an gerechnet, in Kraft treten; letzteres für den Sudan und für die jenseits Assuan gelegenen ägyptischen Provinzen.

Die Erfolge des rebellischen Mahdi im Sudan haben diese Bestrebungen jedoch wesentlich beeinträchtigt, so daß das obere Nilgebiet immer noch als ein Hauptherd der Sklaverei gelten muß.

In Zentralafrika aber bestehen Sklaverei, Sklavenjagden und Sklavenhandel in der abscheulichsten und grausamsten Weise fort. Die Ergebnisse der entsetzlichsten Menschenraubzüge, welche ganze Länderstriche veröden, sind vielfach zur Ausfuhr nach den Küstenstrichen und nach Arabien, aber auch nach Marokko, Tunis und Tripolis bestimmt. An der ostafrikanischen Küste sind es namentlich arabische Sklavenhändler, welche den Negerhandel betreiben und ihre Beute, soweit die Geraubten die Küste lebend erreichen, auf ihren Sklavenschiffen fortschaffen.

Die Sklavenjagden sind in neuerer Zeit durch die Forschungen und Mitteilungen von Cameron, Livingstone, Stanley und Wißmann in ihrer ganzen Verabscheuungswürdigkeit erkannt

worden. Livingstone berechnete, daß jährlich mindestens 350.000 Menschen geraubt würden, von denen aber nur etwa 70.000 lebend ihren Bestimmungsort erreichten. Er rechnete auf jeden Sklaven mindestens fünf Opfer; zuweilen komme sogar nur einer auf zehn Geraubte wirklich zum Verkauf. Der Primas von Afrika, Kardinal Lavigerie, aber nimmt sogar an, daß in ganz Afrika etwa 2 Millionen Menschen jährlich infolge des Sklavenhandels das Leben verlieren.

In Süd- und Westafrika ist die Sklaverei allerdings zum Teil ganz beseitigt, teils hat sie mildere Formen angenommen.

Auf Madagaskar wurde die Sklaverei 1877 abgeschafft. ...<<

USA: Der US-Kongreß beschließt im Jahre 1807, ab 1. Januar 1808 den Sklavenhandel zur See gesetzlich zu verbieten (x272/228): >>Es wird verfügt, daß es von und nach dem ersten Tag im Januar 1808 nicht gesetzlich ist, einen Neger, Mulatten oder eine farbige Person als Sklaven oder, oder um in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis gehalten zu werden, aus irgendeinem fremden Königtum, Ort oder Land in die Vereinigten Staaten oder ihre Territorien einzuführen oder hineinzubringen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über das US-Sklaveneinfuhrverbot (x068/110-111): >>... Als ... der Kongreß 1807 jede überseeische Sklaveneinfuhr und Sklaven Vermehrung "auf ewige Zeiten" verbot, traf dies den Norden nicht so sehr. In keinem seiner Staaten betrug der Anteil der Unfreien gegenüber den Weißen mehr als sechs Prozent. Dagegen machten nach dem Census von 1790 die Sklaven in Maryland 32, in Virginia 38, in North Carolina 26, in South Carolina 43, in Georgia 35 Prozent der Einwohner aus. Denn bei ihrer extensiven Plantagenwirtschaft wollten die Südstaaten auf die Sklaverei nicht verzichten.

Sie drohten deshalb schon 1790 angesichts einer bevorstehenden Intervention des Kongresses mit ihrem Austritt aus der Union und bestritten dem Kongreß erfolgreich das Recht, sich in die Sklavenverhältnisse der Einzelstaaten einzumischen.

Da aber andererseits der Reisanbau unter der ostindischen Konkurrenz enorm litt und der Tabak kaum weniger profitabel auch durch freie Arbeiter hätte angebaut werden können, wäre die Sklaverei um die Wende zum 19. Jahrhundert wohl auch im Süden stark zurück- und allmählich eingegangen - hätte nicht Eli Whitney in Georgia 1793 eine kleine Erfindung gemacht, die "Cotton Gin".

Denn diese Maschine reinigte statt des bisher mittels Hand gesäuberten einen Pfundes Baumwolle pro Tag nun tausend. Und so stieg die Baumwollproduktion von jährlich 187.000 Pfund (1793) auf jährlich 1.000 Millionen Pfund (1860). Und dementsprechend stieg in den Baumwollstaaten auch die Zahl der Sklaven im selben Zeitraum von rund 80.0000 auf fast vier Millionen.

Nun war aber mit der Abschaffung des Sklavenhandels gerade im Süden die Stimmung gegen die Sklaverei gewachsen.

Ausgerechnet im Süden, in Richmond/Virginia, wird 1817 auch die American Colonization Society gegründet, die sich für die Rückkehr der Schwarzen nach Afrika einsetzt; und fünf Jahre später werden die ersten Neger aus Amerika in Liberia auch angesiedelt. Doch dann gewinnt die Baumwolle als Monokultur stets größere Bedeutung, es entstehen ganze Baumwollfabriken, und jetzt ist den Südstaatlern ihr Geschäft allemal wichtiger als die Moral. Jetzt benötigen sie immer mehr Arbeitskräfte, jetzt sind sie zu jeder Barbarei bereit, bereit nicht nur zu einer schärferen Gesetzgebung, um die Sklavenhalter vor Verlusten zu sichern, sondern auch bereit, über Leichen zu gehen.

Wohl die meisten, wenn nicht alle Begüterten in den US-Sklavenstaaten dachten seinerzeit wie jener weiße Richter in South Carolina, der noch 1809 keinen Augenblick zögerte mit der Erklärung: "Ein junger Sklave hat denselben Rang wie irgendein anderes Tier".

Zwischen 1830 und 1860 sind rund 50.000 Sklaven auf der Flucht. Bei einem Aufstand im August 1831 unter dem schwarzen Prediger Nat Turner bringt man in Virginia 57 Weiße und etwa 100 Schwarze um. Nat Turner selbst und 19 Schwarze werden hingerichtet.

Auch später kommt es in Virginia und anderwärts zu Sklavenaufständen, kommt es weithin zu Unruhen, blutigen Gewalttätigkeiten. Denn der Süden verteidigt entschieden die Sklaverei, und er tut dies mit den unterschiedlichsten Argumenten: etwa daß die Sklaverei seinen Wohlstand begründe, was zweifellos zutrif. Oder daß sie, ebenfalls nur zu wahr, in der Bibel gelehrt und befürwortet werde.

Oder, nun freilich ein übler Fehlschluß, daß Schwarze minderwertig, Barbaren seien und darum christlich erzogen werden müßten. ...<<

Der nordamerikanische Ingenieur Richard Fulton (1765-1815) baut im Jahre 1807 das erste brauchbare Dampfschiff.

1808

Preußen: Vom 27. September bis zum 8. Oktober 1808 treffen sich Napoleon, Zar Alexander und ihre Alliierten in Erfurt, um den Vertrag von Tilsit zu erneuern.

Charles M. Talleyrand-Périgord (1754-1838, schließt sich als Bischof von Autun der französischen Revolution an, 1797-1807 Außenminister und Vertrauter Napoleons) berichtet damals über den Empfang Napoleons in Erfurt (x237/87): >>Die Huldigungen, die man ihm darbrachte, sowohl die aufrichtigen als auch die gezwungenen und die erheuchelten, gingen, ich finde kein anderes Wort dafür – ins Ungeheuerliche.

Schmeichelei, die an Vergötterung und niedere Gesinnung, die an Ekel grenzte, schienen sich gegenseitig überbieten zu wollen. ...

Wie oft habe ich in jenen Tagen bemerkt, daß gerade diejenigen, die am meisten unter Napoleon gelitten und deshalb innerlich von Haß und Erbitterung gegen ihn erfüllt sein mußten, die eifrigsten waren, ihm zuzujubeln und sein Glück zu preisen, das die Vorsehung, wie sie sagten, ihm in so überreichen Maße gespendet!

In Erfurt habe ich gesehen, daß nicht allein die blöde Menge dem Gewaltigen schmeichelte und vor ihm im Staube kroch, sondern daß auch die Fürsten, die noch auf ihrem Thron saßen, aber in steter Gefahr schwebten, durch ihren sogenannten Protektor gestürzt zu werden, aus Angst sich zu der elendesten Schmeichelei und Augendienerei erniedrigten: sie küßten die Hand, die sie heute oder morgen vernichten konnte. ...<<

Am 19. November 1808 erläßt der preußische Staat eine reformierte Städteordnung, die bis zum Jahre 1919 die Grundlage der städtischen Selbstverwaltung bildet (x058/216-217):

>>... § 14 Ein Bürger oder Mitglied einer Stadtgemeinde ist der, welcher in einer Stadt das Bürgerrecht besitzt.

§ 15 Das Bürgerrecht besteht in der Befugnis, städtische Gewerbe zu treiben und Grundstücke im städtischen Polizeibezirk der Stadt zu besitzen. Wenn der Bürger stimmfähig ist, erhält er zugleich das Recht, an der Wahl der Stadtverordneten teilzunehmen, zu öffentlichen Ämtern wahlfähig zu sein und in deren Besitze die damit verbundene Teilnahme an der öffentlichen Verwaltung nebst Ehrenrechten zu genießen.

§ 16 In jeder Stadt gibt es künftig nur noch ein Bürgerrecht. Der Unterschied zwischen Groß- und Kleinbürgern und jede ähnliche Abteilung der Bürger in mehrere Ordnungen wird daher hierdurch völlig aufgehoben.

§ 17 Das Bürgerrecht darf niemandem versagt werden, welcher in der Stadt, worin er solches zu erlangen wünscht, sich häuslich niedergelassen hat und von unbescholtenem Wandel ist. Wenn er bisher an einem anderen Orte gewohnt hat, muß er seine Aufführung, und wie er sich bis dahin ehrlich genährt hat, durch Zeugnis der dasigen (ehemaligen) ... Ortsbehörde nachweisen.

§ 18 Auch unverheiratete Personen weiblichen Geschlechts können, wenn sie diese Eigen-

schaften besitzen, zum Bürgerrecht gelangen.

§ 19 Stand, Geburt, Religion und überhaupt persönliche Verhältnisse machen bei Gewinnung des Bürgerrechts keinen Unterschied. Auch hervorgebrachte Vorzüge der Bürgerkinder und besondere Arten von Verpflichtungen der Unverheirateten etc. hören völlig auf. ...

§ 26 Einem jedem Bürger liegt die Verpflichtung ob, zu den städtischen Bedürfnissen aus seinem Vermögen und mit seinen Kräften die nötigen Beiträge zu leisten und überhaupt alle städtischen Lasten verhältnismäßig zu tragen.

§ 27 Er ist schuldig, öffentliche Stadtämter, sobald er dazu berufen wird, zu übernehmen und sich den Aufträgen zu unterziehen, die ihm zum besten des Gemeinwesens der Stadt gemacht werden. ...<<

Reichsfreiherr vom und zum Stein schreibt im November 1808 in einer Denkschrift (x261/-47): >>Heilig ... bleibe uns das Recht und die unumschränkte Gewalt unseres Königs!

Aber damit dieses Recht und diese unumschränkte Macht ... (wirken) kann, ... schien es mir notwendig, der höchsten Gewalt ein Mittel zu geben, wodurch sie die Wünsche des Volkes kennenlernen und ihren Bestimmungen Leben geben kann. ...

Mein Plan war daher: jeder ... Staatsbürger, ... er treibe Landwirtschaft oder Fabrikation oder Handel, ... habe ein Recht zur Repräsentation. ...

Durch eine Verbindung des Adels mit den andern Ständen wird die Nation zu einem Ganzen verkettet. ... Diese Verbindung wird zugleich ... die allgemeine Pflicht zur Verteidigung des Vaterlandes lebhaft begründen.<<

Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein wird im November 1808 von Napoleon entlassen und danach geächtet sowie mit der Todesstrafe bedroht. Der preußische Reformpolitiker flüchtet vor seiner Festnahme nach Böhmen und später nach Rußland (1812).

Reichsfreiherr vom und zum Stein schreibt am 5. Dezember 1808 über seine Reformen (x239/52): >>... Es kam darauf an, die Disharmonie, die im Volke stattfindet, aufzuheben, den Kampf der Stände unter sich, der uns unglücklich machte, zu vernichten, gesetzlich die Möglichkeit aufzustellen, daß jeder im Volke seine Kräfte frei in moralischer Richtung entwickeln könne, und auf solche Weise das Volk zu nötigen, König und Vaterland derart zu lieben, daß es Gut und Leben ihnen gern zum Opfer bringt. ...

Der letzte Rest der Sklaverei, die Erbuntertänigkeit, ist vernichtet, und der unerschütterliche Pfeiler jedes Thrones, der Wille freier Menschen, ist gegründet. Das unumschränkte Recht zum Erwerb des Grundeigentums ist proklamiert. Dem Volk ist die Befugnis, seine ersten Lebensbedürfnisse sich selbst zu bereiten, wiedergegeben. Die Städte sind mündig erklärt. ...

(Es) sind nur wenige Hauptschritte noch übrig. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Vorbereitungen für den deutschen Befreiungskrieg von 1813-1815 (x804/767-768): >>Deutscher Befreiungskrieg (Freiheitskrieg), der Krieg der deutschen Staaten im Bund mit auswärtigen Mächten gegen Frankreich und seine Verbündeten 1813-15, der die Befreiung Deutschlands vom französischen Joch zur Folge hatte.

Er schloß die fast ein Vierteljahrhundert lange Periode unaufhörlicher Kriege ab, welche seit der französischen Revolution ganz Europa erschüttert und eine völlige Umwälzung seiner politischen Verhältnisse hervorgebracht hatten. In diesen Stürmen war das alte römische Reich deutscher Nation zu Grunde gegangen, und auch die politische Selbständigkeit des deutschen Volkstums schien dem Untergang geweiht zu sein.

In den mit Frankreich vereinigten Territorien war von einem lebhaften Nationalgefühl bei der Masse des Volkes ebensowenig die Rede wie in den Staaten des Rheinbundes.

Vor der Napoleonischen Zeit war dasselbe nicht vorhanden gewesen und wurde hier auch nicht durch die Fremdherrschaft geweckt, da der unleugbare und auch empfundene Druck derselben aufgewogen wurde durch die Vorteile und Erleichterungen, welche die Beseitigung der

zahlreichen Überreste des mittelalterlichen Feudalsystems besonders den niederen Ständen gebracht hatte.

Die Bevölkerung ... war dem politischen Leben zu lange entfremdet, als daß die öffentlichen Zustände und die Zukunft der Nation sie hätten beunruhigen können.

In der Armee und einem Teil der Gebildeten entwickelte sich sogar ein kräftiger Partikularismus (Streben nach Kleinstaaterei); selbst aufrichtige Patrioten glaubten im Rheinbund unter des großen Napoleon Schutz die wahren Interessen des deutschen Volkes am besten gewahrt. Nur in einigen Gebieten Norddeutschlands regte sich der Haß gegen die Fremdherrschaft, zumal in dem Königreich Westfalen, wo sich dieselbe allerdings auch am widerwärtigsten und schamlosesten gebärdete.

Von dem französisch gewordenen ... Deutschland konnte also die Befreiung vom französischen Joch nicht ausgehen. Sie war nur möglich, wenn beide oder eine der deutschen Großmächte, Österreich und Preußen, sich an die Spitze stellte. Hier waren das Staatsbewußtsein und das Nationalgefühl so stark gewurzelt, daß man die Demütigungen durch den übermütigen Sieger bitter und nachhaltig empfand, und die Erinnerungen einer glorreichen Geschichte erhielten die Hoffnung auf Wiedererhebung und Herstellung der früheren Größe wach.

Zuerst machte Österreich 1809 einen Versuch, das französische Joch zu brechen. Mit glänzendem Heldenmut erhoben sich die Völker des habsburgischen Kaiserstaates, und die Waffentaten der Armee waren des höchsten Lobes würdig. Aber der Krieg wurde zu voreilig begonnen und zu langsam geführt. Auch blieb Österreich ohne Bundesgenossen; die Empörungsversuche in Deutschland gegen die Fremdherrschaft blieben vereinzelt und wurden rasch unterdrückt. Und nach dem Mißlingen des Unternehmens fiel Österreich in eine selbstsüchtige und engherzige dynastische Politik zurück.

Preußen hatte es nicht gewagt, an Österreichs Seite am Kampf teilzunehmen, da Rußland sich weigerte, ihm Neutralität, geschweige denn Beistand zu versprechen. Der Staat Friedrichs des Großen schien sich nicht wieder erheben zu können, und die Rheinbundsfürsten hörten nicht auf, Pläne zu seiner völligen Teilung zu schmieden.

Dennoch sollte es dieser Staat sein, von dem die Befreiung und die Wiedergeburt Deutschlands ausgingen. Die furchtbare Katastrophe von 1806 hatte die Notwendigkeit von Reformen allen, auch dem König, gezeigt. Dieselben mußten sich erstens auf eine gründliche Reorganisation der Armee, dann auf die Aufhebung des Unterschieds der Stände, besonders auf die Befreiung des Bauernstandes, endlich auf die Beteiligung aller Staatsbürger an der Verwaltung des Staates und der Gemeinde richten.

Die Reorganisation der Armee führte Scharnhorst durch. Die politischen Reformen leitete der Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein, der nach dem Tilsiter Frieden von dem König an die Spitze der Regierung gestellt worden war.

Das schon am 9. Oktober 1807 bekannt gemachte Edikt "über den erleichterten Besitz und freien Gebrauch des Grundeigentums" hob den Unterschied der Stände in Bezug auf den Grundbesitz auf und befreite namentlich den Bauernstand von einer Menge Lasten und Schranken; die Städteordnung vom 19. November 1808 gab den städtischen Gemeinwesen die freie Verwaltung ihrer Angelegenheiten durch selbstgewählte Behörden zurück.

Kreis- und Gemeindeverfassung sollten nach Steins Ideen die Grundlage der Provinzialstände bilden, und diese Selbstverwaltung sollte nicht bloß die Last der bürokratischen Verwaltung erleichtern, sondern auch die Gefühle für Vaterland, Selbständigkeit und Nationalehre wieder beleben. Und wie der Ministerrat an der Spitze der Regierung stand, so sollte das gesamte Volk durch die Reichsstände vertreten werden, welche ausgedehnte Befugnisse der Gesetzgebung, Steuerbewilligung etc. erhalten sollten.

Die vollständige Durchführung dieser Pläne wurde freilich durch Steins Entlassung vereitelt (November 1808), und das nun folgende Ministerium Altenstein war seiner Aufgabe, Steins

Werk zu vollenden, durchaus nicht gewachsen. Die Adelspartei strengte allen ihren Einfluß an, die verhaßten Reformen, von denen sie den Untergang des Staates erwartete, rückgängig zu machen ... In der auswärtigen Politik verfiel man wieder in den alten Fehler unentschlossenen Schwankens.

Endlich sah der König selbst ein, daß der Weg, den Stein vorgezeichnet, mit Energie eingeschlagen werden müsse, und berief 1810 Hardenberg als Staatskanzler an die Spitze der Regierung. Hardenberg ordnete vor allem das wieder in Unordnung geratene Finanzwesen, indem er alle Steuerbefreiungen aufhob, eine neue Verbrauchs- und Luxussteuer einführte und die Klostergüter einzog, um die Verpflichtungen gegen Frankreich erfüllen zu können.

Die neue Gewerbeordnung vom 2. November 1810 beseitigte mit einem Schlag das alte Zunft- und Innungswesen, und auch die Lage der Bauern wurde durch mehrere Edikte verbessert, die ihre Pflichten verringerten und ihnen die Ablösung aller Dienste und Abgaben erlaubten. Das Edikt vom 14. Dezember 1811 endlich ermöglichte die Bildung zahlreicher freier Bauerngüter. Die Reichsverfassung rief Hardenberg indes nicht ins Leben, weil er in derselben das Übergewicht der Adelspartei und heftigen Widerstand gegen seine Reformen fürchtete.

Neben dieser Reorganisation des Staatswesens ging nun auch eine Umwandlung der Geister her. Die edelsten Patrioten bemühten sich, sittlichen Ernst, Vaterlandsliebe, uneigennütziges geistiges Streben im Volk, namentlich in der Jugend, zu wecken; so Fichte 1807 bis 1808 durch seine "Reden an die deutsche Nation", Schleiermacher durch seine Predigten, Arndt durch seine leidenschaftlich patriotischen Schriften.

In Königsberg bildete sich der "Tugendbund", dem die angesehensten Staatsbeamten angehörten. Die Stiftung der Universitäten Berlin und Breslau hatte den Zweck und auch bald den Erfolg, die Jugend auf die idealen Güter des Lebens hinzuweisen und den geistigen Aufschwung der Nation zu befördern.

Der Tod der Königin Luise (1810) nahm dem König freilich den letzten Rest von Selbstvertrauen. Er verhielt sich so ablehnend gegen die Pläne zu einer Erhebung Preußens, daß leidenschaftliche Patrioten, wie Gneisenau, in ihrer Ungeduld damals ernstlich den Gedanken erwogen, ob man nicht die Hohenzollern beiseite lassen und die englischen Welfen an die Spitze Norddeutschlands stellen solle.

Die Verzögerung der Befreiung machte andererseits den niederen Schichten des Volkes die Notwendigkeit selbst der äußersten Opfer für Erreichung dieses Ziels klar; der neue Vertrag mit Frankreich im September 1808 verminderte nur die Kriegslasten, beseitigte sie nicht ganz; um wenigstens den Staatsbankrott abzuwenden, mußte die preußische Regierung die Steuern erhöhen, und dabei lähmten die stets drohende Kriegsgefahr und namentlich die Kontinentalsperre jeden Aufschwung der Gewerbe und des Handels.

Das Übermaß von Demütigungen wurde Preußen durch den Vertrag vom 24. Februar 1812 auferlegt, der es zur Stellung eines Hilfskorps von 20.000 Mann im Kriege gegen Rußland sowie zu großen Naturallieferungen für die durchziehende "große Armee" verpflichtete.

Aber die Katastrophe dieser Armee brachte auch endlich die Rettung, allerdings wieder ohne, ja gegen den Willen Friedrich Wilhelms, der inmitten der Franzosen zu Potsdam keinen Entschluß zu fassen wagte. General York war es, der den entscheidenden Schritt tat. Als Befehlshaber des trotz tapferer Kämpfe noch ziemlich intakten preußischen Hilfskorps wäre er imstande gewesen, Ost- und Westpreußen vor den Russen zu schützen und den Franzosen den Rückzug zu decken sowie Zeit zu neuen Rüstungen und Verstärkungen zu geben.

Indem er nun aber auf eigene Verantwortung durch die Konvention von Tauroggen (30. Dezember 1812) von den Franzosen abfiel und sein Korps einstweilen eine neutrale Stellung einnehmen ließ, zwang er diese, bis an die Elbe zurückzuweichen. Er rückte nun in Preußen ein und organisierte im Verein mit den Präsidenten Auerswald und Schön die Volkserhebung in dieser Provinz. ...<<

Schweden: Im Krieg gegen Rußland verliert Schweden im Jahre 1808 die finnischen Gebiete. Rußland annektiert Finnland und gewährt den Finnen eine gewisse Autonomie.

Finnland: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Finnlands von 1808-1881 (x806/284): >>(Finnland) ... Als Gustav IV. Adolf von Schweden den von Napoleon I. und Rußland verlangten Beitritt zum Kontinentalsystem verweigerte, rückten ... Ende Februar 1808 russische Truppen in Schwedisch-Finnland ein und eroberten am 23. März Abo. Die verräterische Übergabe Sweaborgs und die Auslieferung der Schärenflotte (7. April) gaben das Land den Russen preis.

Im Tilsiter Frieden hatte der Zar in einem geheimen Artikel von Napoleon I. die Einwilligung erhalten, Finnland dem russischen Reich einzuverleiben. Den Einwohnern wurde der Huldigungseid abgezwungen, und am 11. Februar 1809 berief Alexander I. den finnischen Landtag auf 22. März nach Borgå. Am 29. desselben Monats huldigten sämtliche Mitglieder des Landtages dem russischen Kaiser als dem Herrn und Großfürsten des Landes ...

Die schwedische Regierung mußte den Frieden zu Fredrikshamn am 5. September 1809 mit der förmlichen Abtretung des ganzen Finnland ... erkaufen. Eine spätere Übereinkunft vom 20. November 1810 regulierte die Grenzen und eine Zusatzurkunde vom 10. September 1817 die Handelsverhältnisse.

1811 trennte der Kaiser das wiborgische Gouvernement vom Kaiserreich und bestätigte das Großfürstentum Finnland innerhalb der alten Grenzen, die es vor dem Frieden zu Nystad gehabt hatte.

Obwohl sich die Finnen bei ihrer privilegierten Stellung der russischen Oberherrschaft fügten und im Lauf der Zeit sich ziemlich mit derselben befreundeten, riefen doch die zu streng gehandhabte Zensur sowie die zu ängstliche Überwachung jeder nationalen und freieren politischen Regung, namentlich in den letzten Jahren der Regierung des Kaisers Nikolaus, mehrfache Mißstimmung in Finnland hervor, die erst nach Wiederbelebung der alten ständischen Verfassung unter Alexander II. (Zar von 1855-1881) zu schwinden begann. ...<<

Spanien: Am 20. Februar 1808 wird Marschall Murat (Napoleons Stellvertreter) Oberkommandierender der französischen Armee in Spanien.

Im März 1808 tritt Premierminister Godoy, der öffentlich angeklagt wird, der Liebhaber der spanischen Königin zu sein, zurück. König Karl IV. dankt unmittelbar nach Godoys Sturz zu Gunsten seines Sohnes Ferdinand ab.

Nach der Besetzung Spaniens zwingt Kaiser Napoleon I. den spanischen König Ferdinand VII. (1774–1833, Sohn des Königs Karl IV.) zum Verzicht auf die Krone.

Am 2. Mai 1808 erhebt sich das spanische Volk in Madrid während eines Generalaufstandes gegen die französische Besatzungsmacht. Der Aufstand wird zwar von den Franzosen niedergeschlagen, doch die Rebellion der Spanier greift landesweit um sich und es entwickelt sich danach ein langjähriger Guerillakampf (spanisch Guerilla = "kleiner Krieg").

Der spanische Guerillakampf auf der Pyrenäenhalbinsel wird durch den britischen Feldmarschall Arthur Wellesley (1769-1852, seit 1814 Herzog von Wellington) unterstützt, der im Jahre 1808 mit einem britischen Expeditionskorps in Portugal landet.

Die Kämpfe gegen die französischen Besatzungstruppen werden in Spanien nicht selten durch extreme Grausamkeiten geprägt. Die Franzosen bekommen die überfallartige Kriegsführung der spanischen Guerillas (Partisanen bzw. Untergrundkämpfer), die von der Zentral-Junta (spanische Offiziersvereinigung) geleitet wird, nie in den Griff. Während des spanischen Unabhängigkeitskrieges werden zahlreiche französische Divisionen jahrelang in Spanien gebunden und fehlen später bei den entscheidenden Kämpfen in Rußland und Mitteleuropa.

Ein französischer Offizier berichtet damals über den "Volkskrieg" der Spanier (x233/33): >>Als wir Ende August 1808 unsere Kantonnements (Einquartierungsorte) in Preußen verließen, um nach Spanien zu gehen, hatten wir nicht viel über die Hindernisse, auf die wir in ei-

nem für uns so neuen Lande stoßen könnten, nachgedacht.

Wir glaubten auf ein leichtes, gar nicht lange dauerndes Unternehmen auszugehen; Sieger in Deutschland, dachten wir, es könne uns nichts mehr widerstehen. ...

Die Weiber, die Greise, selbst die Kinder waren (in Spanien) gegen uns und dienten dem Feinde als Spione. Ich sah einen jungen Knaben von 8 Jahren zwischen den Füßen unserer Pferde spielen und sich uns zum Wegweiser anbieten. Er führte einen kleinen Trupp unserer Husaren in einen Hinterhalt, lief dann plötzlich in die Felsen, indem er seine Mütze in die Höhe warf und aus allen Kräften rief: Es lebe unser König Ferdinand und sogleich begann das Flintenfeuer. ...

In den Gebirgen vereitelten die Serranos (Bergbewohner) durch ihre Fechtart die Anstrengungen unserer Truppen, selbst wenn diese ihnen an Zahl überlegen waren; sie zogen sich bei Annäherungen unserer Massen von Fels zu Fels, von Stellung zu Stellung zurück, ohne ihr Feuer einzustellen. ... Fliehend vernichteten sie oft ganze Kolonnen, ohne daß wir uns rächen konnten. ...

Jeder Transport von Lebensmitteln, den wir von auswärts herholten, kostete einigen unserer Leute das Leben, die im Hinterhalt niedergeschossen wurden.<<

Im Jahre 1808 lernen die spanischen Schüler in Sevilla z.B. folgendes Zwiegespräch auswendig (x233/33):

>>Von wem geht Napoleon aus?

Von der Hölle und der Sünde.

Wer sind die Franzosen?

Ehemalige Christen und neue Ketzer.

Ist es eine Sünde, einen Franzosen totzuschlagen?

Ja, Herr, ausgenommen die unter Napoleons Fahne sind.<<

Nach der Abdankung von Ferdinand VII. wird Joseph Bonaparte (1768–1844) am 6. Juni 1808 von Kaiser Napoléon I. unter Beteiligung des Kastilienrates zum König von Spanien proklamiert. Nach der Proklamation breitet sich der bewaffnete Widerstand aus und mündet in einem dauerhaften Kleinkrieg, der die gesamte Regierungszeit Josephs überschattet.

Joseph Bonaparte ist bemüht, die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen des spanischen Staates zu modernisieren. Im Juni 1808 wird in Bayonne eine verfassungsgebende Versammlung einberufen, die jedoch aufgrund der überstürzten Einberufung teilweise willkürlich zusammengesetzt wird. In der ausgearbeiteten Verfassung werden zwar einige Sonderrechte der Provinzen beschnitten, aber weder die Abschaffung der Privilegien von Adel und Kirche noch die Einführung des Code civil können durchgesetzt werden.

Die Verfassung von Bayonne ermöglicht es Joseph Bonaparte jedoch, sich zumindest auf Teile der spanischen Liberalen und Reformen zu stützen. Aufgrund der schwierigen militärischen Lage kann diese Verfassung nicht im gesamten Land durchgesetzt werden. Lediglich die Abschaffung des Kastilienrates und die Einteilung des Landes in Präfekturen nach französischem Vorbild können erreicht werden.

Der andauernde Guerilla-Krieg verhindert auch eine Sanierung der Staatsfinanzen. Während der Regierungszeit Josephs steht Spanien ständig am Rand des Staatsbankrotts.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Spaniens von 1808-1813 (x815/82-83): >>(Spanien) ... Wenn Napoleon auch die königliche Familie leicht beseitigt hatte, so sah er sich doch bald in seiner Erwartung, auch Spanien rasch nach französischem Vorbild umgestalten und seinen Interessen dienstbar machen zu können, getäuscht.

Das spanische Volk war nicht imstande, die wohltätigen Wirkungen der französischen Staatsumwälzung zu würdigen; es füllte dagegen tief die ihm zugefügte Schmach der Fremdherrschaft. Edle und unedle Gefühle, Nationalstolz und wilder Fremdenhaß, patriotische Begeisterung und religiöser Fanatismus, stachelten es zum Widerstand auf; die beispiellose Erregtheit

der Nation ließ die Schwäche der eigenen Mittel und die ungeheure Übermacht des Gegners ganz vergessen, so daß niemand am Sieg zweifelte.

Der geringe Kulturstand des Landes, der Mangel an Ordnung und Sicherheit im Staatswesen, welcher bisher geherrscht hatte, machten die völlige Auflösung aller Verhältnisse weniger fühlbar und ermöglichten so die mehrjährige Dauer eines verzweifelten Widerstandes, den ein höher kultiviertes Land nur wenige Monate hätte aushalten können.

Bereits am 2. Mai 1808, bei der Kunde von Ferdinands Entführung nach Bayonne, war in Madrid ein Volksaufstand ausgebrochen, den die Franzosen erst nach vielem Blutvergießen zu unterdrücken vermochten. Nun erhoben sich auch die Provinzen, zuerst Asturien; Provinzialjuntos bildeten sich, die Guerillas bewaffneten sich in den Gebirgen, und alle Anhänger der Franzosen wurden für Feinde des Vaterlandes erklärt.

Zwar hatten die Franzosen beim ersten Zusammentreffen mit einer spanischen Feldarmee am 14. Juli bei Rioseco glänzend gesiegt; aber Monceys Angriff auf Valencia wurde zurückgeschlagen, und eine Expedition des Generals Dupont endete mit seiner Umzingelung und der Kapitulation von Baylen (20. Juli 1808). Die tapfere Verteidigung Saragossas, die Räumung Madrids durch Joseph und der allgemeine Rückzug der Franzosen vermehrten die Begeisterung.

Zugleich war Wellington mit einem englischen Korps in Portugal gelandet und hatte die Franzosen zum Abzug gezwungen. Zwar behaupteten diese, namentlich so oft Napoleon selbst sich an ihre Spitze stellte, in Spanien in offenem Felde die Oberhand; sie siegten bei Burgos (10. November), Espinosa (10. und 11. November) und Tudela (23. November) und zogen am 4. Dezember wieder in Madrid ein, wo am 22. Januar 1809 Joseph von neuem seine Residenz aufschlug. Die Expedition des englischen Generals Moore in Galicien scheiterte.

Allein nun nahm der Krieg immer mehr den Charakter des furchtbarsten Volkskampfes an und wurde durch die im September 1808 in Aranjuez errichtete Zentraljunta einheitlich geleitet. Diese beging zwar manche Fehler, griff oft in höchst verkehrter Weise in die Kriegsoperationen ein und setzte tüchtige Generale ab, gab aber durch den Aufruf zum Guerillakrieg (28. Dezember 1808) dem Kampf den für die Franzosen so verderblichen Charakter des kleinen Krieges.

In diesem kamen die Vorzüge der Spanier, verwegener Mut, unbändige Leidenschaftlichkeit und große Ausdauer in Strapazen und Entbehrungen, recht zur Geltung; die fortwährenden kühnen Unternehmungen der Guerillas rieben die Kräfte der Franzosen auf und entrissen ihnen die Früchte ihrer Siege im offenen Felde.

Die Franzosen siegten am 27. März 1809 bei Ciudad Real, am 28. März bei Medellin, und die Zentraljunta mußte nach Sevilla flüchten. Zwar wurde Soult im Mai 1809 von Wellington aus Portugal vertrieben und mußte Galicien und Asturien räumen, worauf Wellington in Spanien eindrang und die Franzosen am 27. und 28. Juli bei Talavera schlug; doch mußte er sich vor einem neuen französischen Heer nach Portugal zurückziehen, und der spanische General Vagetas wurde am 11. August bei Almonacid, der englische General Wilson in den Engpässen bei Baros geschlagen.

Im Januar 1810 waren die Franzosen Herren von Andalusien, und nach der Einnahme von Ciudad Rodrigo und Almeida drang Masséna im August mit 80.000 Mann in Portugal ein, um die Engländer wieder ins Meer zu werfen. Die Sache der Spanier schien hoffnungslos verloren. Namentlich die höheren, wohlhabenderen Volksklassen schlossen sich immer zahlreicher dem bonapartistischen König an.

Die Zentraljunta, deren Unfähigkeit das Mißgeschick der spanischen Heere hauptsächlich verschuldet hatte, wurde am 2. Februar 1810 in Cadix, wohin sie von Sevilla geflüchtet war, zur Abdankung und Einsetzung einer Regentschaft gezwungen, in welcher der Radikalismus die Oberhand bekam.

Schon am 28. Oktober 1809 hatte die Zentraljunta die Cortes zusammenberufen.

Diese, unter den größten Schwierigkeiten und nur zum Teil gewählt, zum Teil kooptiert (hinzugewählt), traten am 24. September 1810 in Cadix zusammen und nahmen unter den Kanonen der französischen Batterien, welche die Isla de Leon umringten, bedroht von der in der überfüllten Stadt wütenden Pest, das große Werk der Reform des verrotteten Staatswesens in die Hand.

Unerfahren, teilweise von den radikalen Ideen der französischen Revolution beherrscht, zum Teil in den altspanischen Vorurteilen befangen, schwankten die Cortes unter leidenschaftlichen, erbitterten Debatten zwischen den entgegengesetztesten Beschlüssen: man proklamierte die Volkssouveränität und das allgemeine Stimmrecht und hob die Grundherrlichkeit auf, wagte aber nicht, die Inquisition oder die Rechte des Adels und der Kirche anzutasten.

Im ganzen aber war die Verfassung vom 18. März 1812 eine sehr liberale. Trotz des hitzigen Parteikampfes bewährten die Cortes in der Hauptsache, im Kampf gegen den verhaßten Feind, eine große Einmütigkeit und aufopfernde Tätigkeit. Die Illusionen der verblendeten National-eitelkeit wurden zerstört, die Schäden der Verwaltung aufgedeckt, das korrumpierte Beamten-tum in heilsamen Schrecken versetzt.

Die Truppen wurden verstärkt, geschult und gut gepflegt und ihre nützliche Verwendung dadurch gesichert, daß die Cortes Wellington, der 1811 in den Linien von Torres Vedras bei Lisabon sich so lange behauptet hatte, bis Masséna abziehen mußte, zum Oberbefehlshaber sämtlicher Streitkräfte in Spanien ernannten.

Im Januar 1812 eroberte Wellington Ciudad Rodrigo und am 7. April Badajoz, schlug am 22. Juli die Franzosen unter Marmont bei Salamanca und zog am 12. August in Madrid ein. Zwar mußte er sich vor der Übermacht der bedeutend verstärkten Franzosen aufs neue nach der portugiesischen Grenze zurückziehen, und Madrid wurde zum letztenmal von den Franzosen besetzt; aber die Katastrophe in Rußland veränderte auch die Lage der Dinge in Spanien.

Soult wurde ... Anfang 1813 abberufen, Suchet räumte Valencia im Juli; schon am 27. Mai hatte König Joseph Madrid für immer verlassen und sich mit der französischen Armee auf Vittoria zurückgezogen. Hier wurde dieselbe von Wellington am 21. Juni 1813 gänzlich geschlagen. ...<<

1809

Preußen, Herzogtum Braunschweig-Lüneburg: Nach Steins Flucht führt Karl August von Hardenberg im Jahre 1809 die Reformen fort. Von Hardenberg, ein Niedersachse, der wegen seiner kühlen, anpassungsfähigen Wesenszüge "deutscher Metternich" genannt wird, baut den "preußischen Untertanenstaat" schließlich in ein freiheitliches Gemeinwesen um.

Der deutsche Dichter Heinrich von Kleist (1777-1811, dient bis 1799 in der preußischen Armee, Freitod) schreibt im Jahre 1809 (x239/164):

>>Frage: Sprich, Kind, Wer bist Du?

Antwort: Ich bin ein Deutscher.

Frage: Ein Deutscher? Du scherzest. Du bist in Meißen geboren, und das Land, dem Meißen angehört, heißt Sachsen!

Antwort: Ich bin in Meißen geboren, ... aber mein Vaterland, das Land, dem Sachsen angehört, ist Deutschland, und dein Sohn, mein Vater, ist ein Deutscher.

Frage: Du träumst! ... Wo find ich es, dies Deutschland, von dem du sprichst, und wo liegt es?

Antwort: Hier, mein Vater. – Verwirre mich nicht.

Frage: Wo?

Antwort: Auf der Karte.

Frage: Ja, auf der Karte! – Diese Karte ist vom Jahr 1805. – Weißt Du nicht, was geschehen ist, im Jahr 1805? ...

Antwort: Napoleon, der korsische Kaiser, hat es (Deutschland), ... durch eine Gewalttat zer-

trümmert. ...<<

Der deutsche Jurist und Schriftsteller Ludwig Uhland (1787-1862) verfaßt im Jahre 1809 das Soldatenlied "Der gute Kamerad" (x224/346):

>>Ich hatt' einen Kameraden,
Einen bessern find'st du nit.
Die Trommel schlug zum Streite,
Er ging an meiner Seite
In gleichem Schritt und Tritt,
In gleichem Schritt und Tritt.

Eine Kugel kam geflogen:
Gilt's mir oder gilt es dir?
Ihn hat es weggerissen,
Er liegt vor meinen Füßen
Als wär's ein Stück von mir.

Will mir die Hand noch reichen,
Derweil ich eben lad';
"Kann dir die Hand nicht geben,
Bleib du im ew'gen Leben
Mein guter Kamerad!"<<

In den deutschen Staaten findet zwar kein erbarmungsloser Guerillakrieg statt und auch eine allgemeine bewaffnete Volkserhebung bleibt zunächst aus, aber nach der Erhebung Österreichs im Jahre 1809 regt sich auch in Deutschland allmählich der Freiheitswille des Volkes.

In Norddeutschland kämpfen z.B. Major von Schill und Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig (1771-1815, fällt während der Schlacht bei Waterloo) eigenmächtig gegen die französischen Besatzungstruppen.

Ferdinand von Schill (1776-1809) muß sich später nach Vorpommern zurückziehen und fällt 1809 bei der Verteidigung Stralsunds im Straßenkampf. 11 seiner Husaren-Offiziere werden nach der Gefangennahme zum Tod verurteilt und in Wesel standrechtlich erschossen, während die restlichen gefangenen Husaren auf französische Galeeren kommen.

Der Aufstand des Freikorps "Schwarze Schar" scheidert ebenfalls. Der Braunschweiger Herzog Friedrich Wilhelm kann sich jedoch mit seinem Freikorps von Böhmen bis zur Wesermündung durchschlagen, flieht 1809 nach England und kämpft später mit einer englisch-deutschen Legion an der Seite des britischen Oberbefehlshabers Wellington in Spanien.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Ferdinand von Schill (x814/473):

>>Schill, Ferdinand Baptista von, preußischer Patriot, geboren am 6. Januar 1776 zu Wilmsdorf bei Dresden, trat 1788 in ein preußisches Husarenregiment.

In der Schlacht bei Auerstedt am Kopfe verwundet, wartete er seine Genesung zu Kolberg ab und bildete 1807 ein Freikorps von 1.000 Mann, mit welchem er die Verteidigung dieser Festung durch Behauptung der Maikuhle wirksam unterstützte. Nach dem Frieden von Tilsit wurde er zum Major und bald darauf zum Kommandeur des Leibhusarenregiments in Berlin ernannt.

1809 faßte er den Entschluß, Preußen durch eine kühne Unternehmung zum Kriege gegen Napoleon fortzureißen. Unter dem Vorwand, sein Regiment im Feldmanöver zu üben, verließ er mit demselben am 28. April 1809 ohne Vorwissen des Königs Berlin und setzte sich gegen die Elbe in Marsch. Eine Anzahl Offiziere und eine Kompanie Fußjäger folgten ihm.

Aber schon vor Wittenberg stieß das kleine Korps auf einigen Widerstand, und da die Stimmung in Sachsen für Schill keineswegs günstig war, so wandte er sich auf das linke Ufer der

Elbe nach den anhaltischen Landen. Bei Dodendorf, unweit Magdeburg, hatte Schill am 5. Mai das erste Gefecht mit einer Abteilung der Magdeburger Garnison zu bestehen.

Da der König Schills "unglaubliche Tat" öffentlich mit den schärfsten Ausdrücken mißbilligte, erhielt dieser keinen Zuzug und mußte vor der wachsenden Macht der Feinde zurückweichen. Er wandte sich also durch die Altmark nach Mecklenburg, um nach Rostock und Wismar zu gelangen, wo er von seiten der Engländer Unterstützung zu finden hoffte. Von holländischen und dänischen Truppen bedrängt, rettete sich Schill nach Stralsund, wo er in Eile die verfallenen Festungswerke herzustellen suchte.

Aber schon am 31. Mai erschienen die vereinigten Holländer und Dänen 6.000 Mann stark vor der Stadt und drangen unter einer heftigen Kanonade, trotz tapferer Gegenwehr, in dieselbe ein. In den Straßen entspann sich ein blutiger Kampf, in welchem Schill, nachdem er den holländischen General Cateret, obwohl selbst aus mehreren Wunden blutend, vom Pferd gehauen (hatte), durch mehrere Flintenschüsse den Tod fand.

Etwa 200 Reiter und einige Jäger schlugen sich durch und erzwangen die Bewilligung freien Abzuges nach Preußen, wo die Soldaten in ihre Heimat entlassen, die Offiziere aber vor ein Kriegsgericht gestellt und mit Festungsstrafe und Kassation bestraft wurden.

Eine andere Abteilung entkam von Rügen aus zu Wasser nach Swinemünde, der Rest des Korps aber blieb im Gefecht oder wurde (543 Mann) gefangen und nach Frankreich auf die Galeeren transportiert. Elf gefangene Offiziere wurden nach Wesel geschleppt und hier am 16. September 1809 erschossen.

1835 wurde ihnen hier von der preußischen Armee ein Denkmal errichtet. Schills Leichnam wurde in Stralsund begraben, sein Kopf aber vorher vom Rumpf getrennt, in Spiritus gesetzt und im Museum zu Leiden aufbewahrt. 1837 wurde derselbe nach Braunschweig gebracht und daselbst nebst einigen dort begrabenen Kameraden in einem besonderen Mausoleum beige-
setzt. ...<<

Im "Katechismus der Deutschen zum Gebrauch für Kinder und Alte" des Jahres 1809 heißt es (x056/179):

>>Frage: Wer sind deine Feinde, mein Sohn?

Antwort: Napoleon und ... die Franzosen.

Frage: Ist sonst niemand, den du hassest?

Antwort: Niemand auf der ganzen Welt.<<

Ein Zeitzeuge berichtet im Jahre 1809 über die Stellung der Zünfte (x239/76): >>Frankfurt ist von Fabriken fast ganz entblößt. Als Ursachen wird vor allen Dingen der Zunftzwang angegeben. Ein Fabrikant kann (keine Belegschaft) von eigenen Arbeitern halten, ohne fast mit allen Innungen in Händel zu geraten.

Der ... Wagenfabrikant in Offenbach würde hier gezwungen sein, seine zahlreichen Bedürfnisse von hiesigen Schmieden, Schlossern, Schreibern, ... Sattlern, ... Lackierern usw. verfertigen zu lassen. Er würde dabei ... tausenderlei Vorteile entbehren. ...

Zwar (will man) die hiesigen Zünfte ... (einschränken). Dies aber gehört zu den delikatesten Gegenständen (für die Stadtregierung). ...<<

Wilhelm von Humboldt (1767-1835, preußischer Staatsmann, Freund Schillers) verwirklicht 1809/1810 in Preußen ein vorbildliches Schulwesen (Ausbau der Volksschulen, Einführung des Abiturs, Reform der Universitäten etc.), das teilweise noch heute Gültigkeit besitzt.

Österreich: Erzherzog Karl (1771-1847, seit 1809 Kriegsminister) ruft im Jahre 1809 die österreichischen Truppen und das deutsche Volk zum Befreiungskampf gegen die französischen Besatzungstruppen auf (x253/108): >>... Die Freiheit Europas hat sich unter eure Fahnen geflüchtet. Eure Siege werden ihre Fesseln lösen, und eure deutschen Brüder, jetzt noch in feindlichen Reihen, harren auf ihre Erlösung. Wir kämpfen, um Deutschland die Unabhängigkeit und Nationalehre wiederzugeben, die ihm gebühren. Unsere Sache ist die Sache Deutsch-

lands.

Deutsche! Wirkt mit zu eurer Rettung.<<

Das neuorganisierte österreichische Volksheer schlägt die Franzosen im Jahre 1809 bei Aspern, wird danach aber in der Schlacht bei Wagram entscheidend besiegt.

Nach dem Frieden von Schönbrunn (14.10.1809) setzen die Tiroler den Kampf gegen die französisch-bayerischen Truppen fort. Andreas Hofer (1767-1810, ein Anführer des Tiroler Aufstandes) wird später zum Tod verurteilt und im Jahre 1810 in Mantua standrechtlich erschossen.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Andreas Hofer (x808/607-608):
>>Hofer, Andreas, der heldenmütige Führer der Tiroler im Volkskampf von 1809, geboren am 22. November 1767 im Gasthaus "Am Sand" bei St. Leonhard im Passeiertal.

Hier hatten seine von Magfeld, Gemeinde Platt, herstammenden Vorfahren seit dem Anfang des 17. Jahrhunderts als "Sandwirte" gewohnt, und auch Hofer übernahm, im väterlichen Haus ohne sonderliche Erziehung zum kräftigen Mann herangewachsen, die Wirtschaft. Daneben trieb er, der "Anderle", wie er gemeinhin genannt wurde, mit Wein und Pferden Handel nach Italien, vermochte aber trotzdem nicht die unter seinem Vater tief verschuldete Wirtschaft zu heben.

Er war von untersetzter Gestalt, breiter Brust und vollen roten Wangen und trug einen schwarzen, breit und dicht auf die Brust herabfallenden Bart. Er war nicht unbegabt, aber unklar, leicht vertrauend und leicht argwöhnisch, mutig, aber nicht löwenkühn, dem Kaiser treu und seiner Kirche schwärmerisch zugetan.

1790 machte er den stürmischen Landtag zu Innsbruck als Abgeordneter des Tales Passeier mit. Im Krieg von 1796 wurde er als Führer einer Schützenkompanie bekannt und populär, und 1808 begab er sich mit einigen Landsleuten nach Wien, wo ihnen vom Erzherzog Johann der vom Freiherrn von Hormayr ausgearbeitete Plan zur Insurrektion Tirols vorgelegt wurde. Hofer und seine Vertrauten machten den Plan in ganz Tirol durch mündliche Mitteilung bekannt.

Am 8. April 1809 erließ Hofer in seinem Tal den Aufruf zum Aufstand und griff am 11. April bei Sterzing mit dem Landsturm der Gerichte Sarentheim und Passeier die auf dem Rückzug befindlichen Bayern an, von welchen sich ein Teil am 13. April ... ergeben mußte. Am 14. zogen die österreichischen Truppen, umgeben von den Scharen der Landesverteidiger, in der alten Landeshauptstadt wieder ein. Aber nach dem unglücklichen Feldzug der Österreicher in Bayern und bei Napoleons raschem Vordringen gegen Wien fiel Tirol sofort wieder in die Gewalt Lefebvres und Wredes.

Da lieferte Hofer am Berg Isel am 25. und 29. Mai den Bayern zwei Treffen, durch welche die letzteren genötigt wurden, Tirol abermals zu räumen. Innsbruck wurde am 30. Mai wiedergewonnen und Hofer, der gerade, weil er ein Mann aus dem Volk war, von den Bauern zum Führer erhoben wurde, bei dem Einzug mit stürmischem Jubel begrüßt.

Da nun Tirol wieder befreit war, kehrte Hofer in seine Heimat zurück. Als nach der Schlacht bei Wagram am 12. Juli zu Znaim ein Waffenstillstand zwischen Napoleon und Österreich geschlossen wurde, kraft dessen Tirol und Vorarlberg von Österreich preisgegeben wurden, und nun von drei Seiten zugleich gegen 40.000 Franzosen, Bayern und Sachsen in Tirol einrückten, ließ Hofer in allen Tälern das Aufgebot zum Schutz des Vaterlandes und der heiligen Religion verkündigen. Nur vorübergehend wurde er durch die Erfolge der Feinde und seine Ächtung eingeschüchtert und begab sich nach Passeier.

Am 7. August. zog er mit ein paar Tausend Bewaffneten aus Passeier, Meran und Algund über den Jaufen und stieß zu seinem Freund Speckbacher. Ihr wiederum am Berg Isel am 13. August erfochtener Sieg zwang Lefebvre zur Flucht aus dem Land. Zwei Tage nachher (15. August) war Innsbruck, des Landes alte Hauptstadt, wieder vom Feind befreit, und Hofer zog mit

seinen siegreichen Scharen dort ein.

Er wurde zum Oberkommandanten von Tirol gewählt und stellte diesem Titel zum Wahrzeichen seiner Treue für das Haus Österreich das "k. k." (kaiserlich königlicher) voran. Am 16. August erschien ein Armeebefehl des Kaisers Franz, welcher in den Tirolern das alte Vertrauen wieder erweckte.

Hofer führte unterdessen die oberste Leitung der Militär- und Zivilverwaltung, ... in denen aber sein schlichter Bauernverstand nicht selten den Nagel auf den Kopf traf. Seine erste Verordnung betraf die Herausgabe aller von den Feinden geraubten und wieder verkauften oder zurückgebliebenen Effekten. Dann erließ er einen Aufruf an die Seelsorger, dem höchsten Helfer in der Not Lob- und Dankopfer für den Sieg darzubringen und für die Aufnahme der Religion Sorge zu tragen. Mit großem Ernst und Eifer bekümmerte er sich auch um den Ehefrieden; den Frauenzimmern verbot er, "ihre Brust und Armfleisch zu wenig oder nur mit durchsichtigen Hadern zu bedecken".

Im übrigen bestätigte Hofer durchaus die Verfügungen der früheren österreichischen Verwaltung und folgte ihren Maßregeln sowohl in Zivil- als in Militärangelegenheiten. Nach seinem besten Gewissen, schlicht und recht, vom Kaiser durch die große goldene Gnadenkette mit der Verdienstmedaille ausgezeichnet, führte er die Verwaltung fort bis zum Frieden von Wien am 14. Oktober, nach welchem Tirol und Vorarlberg, wenngleich mit Vorbehalt einer allgemeinen Amnestie, der Gewalt des Feindes überlassen werden mußten.

Auf die Kunde hiervon waren Hofer und dessen Genossen im ersten Augenblick (wie) betäubt, ratlos, unentschlossen. Inzwischen hatten die Feinde schon den Isel und die Scharnitz besetzt, und Speckbacher war am 16. Oktober (im) Saalachtal nach blutigem Kampf besiegt worden.

So ergab sich auch Hofer in das Unvermeidliche, unterwarf sich zu Steinach am 2. November und erließ am 7. ein die Friedensbotschaft bestätigendes Schreiben an das Volk; allein durch falsche Nachrichten von Siegen und dem Einmarsch des Erzherzogs Johann getäuscht, umgeben und gedrängt von Männern, welche mit wildem Eifer immer von neuem den Kampf verlangten, begann er die Feindseligkeiten wieder und rief am 12. November vom Sand aus die Bewohner des Vintschgaues und des Oberinntales zu den Waffen. Unaufhaltsam drangen indes die Feinde vor und unterwarfen ... ein Tal nach dem anderen.

Hofer flüchtete mit Weib und Kind in die winterliche Einsamkeit der Berge, weil er Tirol nicht verlassen wollte. Von Ende November 1809 bis zu Ende Januar 1810 hielt er sich in einer Alpenhütte beim Eingang ins Farteis verborgen. Hier wurde er durch einen übel berüchtigten Landsmann, Namens Raffl, den Franzosen verraten.

Am 27. Januar 1810 wurden italienische Truppen vom General Huard nach der Sennhütte beordert, wo nun jede Flucht unmöglich war und Hofer sich unerschrocken zu erkennen gab. Er wurde mit Stricken gebunden und mißhandelt. Erst in Meran wurde ihm eine menschlichere Behandlung zuteil. Von da wurde er nach Mantua gebracht, vor ein Kriegsgericht gestellt und auf Napoleons direkten Befehl zum Tode durch Erschießung binnen 24 Stunden verurteilt.

Er trat am Morgen des 20. Februar 1810 seinen letzten Gang an; auf dem Exekutionsplatz ... angelangt, weigerte er sich, die Augen sich verbinden zu lassen und niederzuknien, und kommandierte dann selbst "Feuer!"

Erst der 13. Schuß machte seinem Leben ein Ende. Seine Leiche wurde im Gärtchen des Pfarrers der Zitadelle beerdigt; von dort brachte man sie am 21. Februar 1823 feierlich in das für Hofer bestimmte Grabmal in der Hofkirche zu Innsbruck. Dort, dem Denkmal des Kaisers Maximilian I. gegenüber, steht seit 1834 sein Standbild ... Hofers Familie wurde für den Verlust ihres Vermögens 1819 vom Kaiser entschädigt, auch das Adelsdiplom des bereits 1809 geadelten Hofer wurde am 26. Januar 1818 zu Wien ausgefertigt. ...<<